Bezugs-Preis
für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure 2mal täglich ins Haus gebracht: 90 ₰ monatl., 2.70 ℳ vierteljährl. Bei unseren Filialen u. Annahmestellen abgeholt: 75 ₰ monatl., 2.25 ℳ vierteljährl.
Durch die Post:
innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährl. 3.60 ℳ, monatl. 1.20 ℳ ausschl. Postbestellgeld, ferner in Belgien, Dänemark, den Donaustaaten, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Oesterreich-Ungarn, Rußland, Schweden, Schweiz u. Spanien. In allen übrigen Staaten nur direkt durch die Geschäftsstelle des Blattes erhältlich.
Das Leipziger Tageblatt erscheint 2mal täglich, Sonn- u. Feiertags nur morgens. Abonnement-Annahme: Augustusplatz 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.
Einzelverkaufspreis der Morgenausgabe 10 ₰, der Abendausgabe 5 ₰.
Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisgasse 8.
Fernsprecher: 14692, 14693, 14694.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt

und

Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 6gespaltene 50 mm breite Petitzeile 25 ₰, die 74 mm breite Reklamezeile 1 ℳ, von auswärts 30 ₰, Reklamen 1.20 ℳ; Inserate von Behörden im amtlichen Teil die 74 mm breite Petitzeile 40 ₰.
Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften und in der Abendausgabe im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Beilagegebühr 5 ℳ p. Tausend exkl. Postgebühr.
Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.
Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.
Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzogl. Bayr. Hofbuchhandlung, Lützowstraße 10. (Telephon VI, Nr. 4603).
Haupt-Filiale Dresden: Seestraße 4, I (Telephon 4621).

Nr. 45. Dienstag, den 15. Februar 1910. 104. Jahrgang.

Das Leipziger Tageblatt

wird vom heutigen 15. Februar an wieder wie früher

zweimal täglich

in einer Morgen- und einer Abendausgabe erscheinen. Der Verlag des Leipziger Tageblattes glaubt, sich den vielen Anforderungen der Leserschaft in dieser Beziehung nicht verschließen zu können, und hält es auch für ein neuzeitliches Bedürfnis, die Handelsstadt Leipzig mit ihren 600 000 Einwohnern und ihren großen wirtschaftlichen Interessen nicht ohne die **wichtigsten Abendnachrichten aus Politik und Handel** zu lassen. Die **Abendausgabe** des Leipziger Tageblattes wird alles bis nachmittags 3 Uhr einlaufende Material von Wichtigkeit aus der ganzen Welt und insbesondere aus Leipzig selbst bringen und so eine übersichtliche Information über alle wissenswerten Ereignisse desselben Tages bieten.

Der Handelsteil

wird die **Börsennotierungen von Leipzig, Berlin, Dresden, Zwickau, Halle, London, Paris, Petersburg** enthalten und dadurch für die Handelswelt Leipzigs neue informatorische Bedeutung gewinnen.

Wir hoffen auf freundliche Aufnahme dieser Neuorganisation und bemerken, daß der **Abonnementspreis wie bisher**

monatlich 90 Pf.

beträgt.

Verlag u. Redaktion des Leipziger Tageblattes.

Das Wichtigste.

* **König Friedrich August traf gestern abend zu einem dreitägigen Aufenthalt in Leipzig ein.** (S. Leitart. und Lpzg. Ang.)

* Der Reichstag begann am Montag die erste Lesung des Reichskaligesetzes. (S. Reichstagsbericht.)

* Bei der Beratung der nationalliberalen Beamteninterpellation im preußischen Abgeordnetenhause mußte der Minister des Innern v. Moltke die Versetzung einiger Beamten zugeben. (S. d. bes. Art.)

* Am heutigen Dienstag beginnt in Berlin die 38. Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates. (S. Dtschs. R.)

* Nachdem die letzten Wahlen stattgefunden haben, liegt nunmehr das Endergebnis der englischen Wahlen vor. (S. Ausl.)

* Für die Ueberschwemmten in Frankreich sind seitens des Finanzministeriums 100 Millionen Franken für Hilfeleistungen vorgesehen. (S. Ausl.)

* Der bekannte Musikkritiker der „Dresdner Neuesten Nachrichten", Ludwig Hartmann, ist am Montagmittag ½2 Uhr nach längeren Leiden an den Folgen einer Darmoperation im 73. Lebensjahre gestorben. (S. Feuill.)

Dem Könige.

Zu seinem traditionellen Februar-Aufenthalt in Leipzig ist König Friedrich August gestern abend in der gewerbereichsten und gewerbefleißigsten Stadt seines Landes eingetroffen. Traditionell darf man diesen jedes Jahr wiederkehrenden Aufenthalt in Leipzig wohl nennen. Seit dem Beginn seiner Regierung hat es sich unser König noch in keinem Jahre nehmen lassen, sein wohlwollendes Verständnis der sächsischen Notwendigkeiten, des sächsischen Handels und der Industrie auch in Leipzig zu betätigen, und wenn er im Jahre 1909 durch einen Unfall auf einer Treppe des Königlichen Schlosses in Dresden genötigt wurde, den in seinem Programm bereits festgesetzten Aufenthalt in Leipzig in letzter Stunde abzusagen, so dürfen wir der Zuversicht Ausdruck geben, daß es ihm gewiß leid gewesen ist, die Tradition durchbrechen zu müssen. Einen Ersatz für den ausgefallenen Februar-Besuch fand die Leipziger Bevölkerung durch die Anteilnahme des Königs und des ganzen Königlichen Hauses an den unvergeßlichen Tagen der Jubelfeier unserer Landes-Universität. Die letzten Julitage des Jahres 1909 sahen den König in seiner doppelten Eigenschaft als Fürst und Rektor Magnifizentissimus in den Mauern der Lindenstadt. Die doppelte Eigenschaft bot Gelegenheit, auch im Rahmen des höfischen und akademischen Zeremoniells so manchen Beweis zu geben, daß ihm die Handels- und Industrie-Empore seines Landes am Herzen liegt. Wir dürfen es auch zuversichtlich aussprechen, daß die Februar-Besuche in Leipzig unserem jetzt regierenden Herrscher nicht nur eine Aufgabe der Repräsentation sind. Die systematische, zähe Art, in der von unserem König das gewaltige Gebiet sächsischer Volkswirtschaft studiert und gefördert wird, hat er in früheren Besuchen in Leipzig, in Chemnitz, in Plauen, überall, wo sächsische Hände sich regen, stets bewiesen.

So ist auch jetzt wieder in dem Programm der Leipziger Tage die eingehende Besichtigung dreier industrieller Unternehmungen aufgenommen, darunter eines Unternehmens der graphischen Branche, in der ja Leipzig an der Spitze steht. Die Vorlesungen, die der König in Universitäts-Instituten anhören wird, zeigen sein reges Interesse für die praktischen Naturwissenschaften. Der König will den Bürger bei der Arbeit schauen und den Gelehrten bei der Ausübung seines idealen Berufes. Nur wenig Raum ist in dem Reiseprogramm der Leipziger Tage den rein gesellschaftlichen Verpflichtungen des Monarchen, der Repräsentation, der Entwicklung militärischer Schauspiele eingeräumt, und das ist es, was uns die Februar-Besuche König Friedrich Augusts in Leipzig immer so lieb und wert gemacht hat: daß sein Besuch seinem Volke, den werktätigen Bürgern seines Landes gilt.

Den diesjährigen Aufenthalt des Königs in Leipzig wird der Chronist, wird vorzüglich der Politiker noch unter einem anderen Gesichtswinkel betrachten müssen. Es ist das erste Mal seit der Einführung des neuen Wahlrechts in Sachsen, daß der König Leipzig besucht. Es ist bekannt, daß Friedrich August, als er seinerzeit ein neues Wahlrecht versprach, zu seiner Einführung sogar ein besonderes Ministerium berief, das Ministerium Hohenthal, aus innerster Ueberzeugung heraus seinem Volke ein freiheitlicheres und gerechteres Wahlrecht geben wollte, das mit der einseitigen Bevorzugung bestimmter wirtschaftlicher Kreise in dem überwiegend industriellen Sachsen brechen sollte. Auch wenn man weit davon entfernt ist, das neue Wahlrecht als vollkommen zu betrachten, auch wenn man noch manches bessern möchte, so darf man doch immerhin behaupten, daß es schon einen großen Schritt vorwärts bedeutet auf der Bahn der Entwickelung der sächsischen Volksvertretung, und es soll nicht vergessen werden, daß König Friedrich August zu diesem neuen Wahlrecht den entscheidenden Anstoß gegeben hat.

Auch von der Warte des Politikers aus werden deshalb am heutigen Tage die Sympathien für unseren Landesvater zum Ausdruck gebracht werden müssen. Keines künstlichen Fundamentes bedarf das Haus Wettin; im Sachsenland festgewurzelt steht das Fürstenhaus. Aber selten ist es einem sächsischen Herrscher beschieden gewesen, die herzlichen und persönlichen Sympathien des Volkes so rasch und fest zu gewinnen, wie es König Friedrich August gelang. Es wird nicht falsch sein, wenn man die absichtslose und ungezwungene Natürlichkeit, mit der gerade dieser Fürst sich in das richtige Verhältnis der Zusammengehörigkeit von Fürst und Volk zu stellen wußte, als den Hauptgrund dieser ungeteilten Sympathie bezeichnet.

So empfängt die wirtschaftliche Hauptstadt des Sachsenlandes heute ihren König in Ehrfurcht und herzlicher Freude, dankt ihm für seine Fürsorge und lebendige Teilnahme an dem wirtschaftlichen und geistigen Leben Leipzigs, dankt ihm für die Treue, die er seit seinen Jugendjahren der Stadt Leipzig bewahrt hat.

Die nationalliberale Beamteninterpellation im preußischen Abgeordnetenhause.

J. **Berlin**, 14. Februar. (Priv.-Telegr.)

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses kam die „Enthüllung". Was Dr. Friedberg (Natl.), der Begründer von Interpellationen, vorbringt, sind gewichtige Anklagen gegen die preußische Staatsregierung, wenn sie auch in der gemäßigten Form objektiver Darstellung vorgetragen werden. Er gibt zunächst ein Bild von der Gestaltung der politischen Verhältnisse im Kreise Bromberg, die zu einer Sonderkandidatur seiner Partei bei den letzten Reichstagswahlen geführt haben. Der Aufruf zur Unterstützung der nationalliberalen Kandidatur wurde von verschiedenen Beamten unterschrieben. Diesen wurde daraufhin vom Regierungspräsidenten und auch vom Oberpräsidenten bekanntgegeben, daß es mit den Forderungen nicht vereinbar sei, die an das dienstliche und außerdienstliche Verhalten eines Beamten zu stellen wären, wenn Beamte dazu beitrügen, durch ihr Auftreten das Zusammengehen der deutschen staatserhaltenden Parteien gegenüber dem Polentum zu stören und dadurch das Deutschtum zu gefährden. Man hat ihnen auch angedroht, daß, wenn sie nicht die nationalliberale Kandidatur beseitigten, sie manche Unannehmlichkeit haben würden. Im Interesse des Deutschtums in der Ostmark hätten die Beamten ihre eigene politische Ueberzeugung zurücktreten zu lassen. Noch schärfer ist man mit dem Direktor Braun in Schneidemühl umgesprungen. Er erhielt die Mitteilung, daß er im Interesse des Dienstes versetzt werden sollte. Ein Gymnasialprofessor Gerlach wurde zwar durch seine Versetzung gewissermaßen die Treppe heraufgeworfen, aber fort mußte er unter allen Umständen. Als weiter ein Nationalliberaler zur Gründung eines nationalliberalen Vereins aufforderte und ein Postdirektor lebhaft dafür eintrat, wurde diesem angedroht, daß er seine Versetzung zu erwarten hätte. Einem jungen Lehrer, der in nationalliberalem Sinne tätig war, ist die strengste Mißbilligung der Regierung durch seinen vorgesetzten Direktor ausgesprochen worden, doch ist an den gegen den Lehrer vorgebrachten Beschuldigungen kein wahres Wort. So war die Regierung in verschiedenen Wahlkreisen Posens vorgegangen, und zwar, wie der Redner ausführt, von der inneren Absicht getragen, alle Bestrebungen, die als Gegengewicht gegen die Konservativen ausgelegt werden konnten, aus der Welt zu schaffen, und da sagt der Ministerpräsident noch vor einigen Tagen, es gäbe in Preußen kein konservatives Parteiregiment! Wie verträgt sich damit der Satz, den Herr von Bethmann Hollweg ebenfalls ausgesprochen hat: Die Beamten sollten in ihrer politischen Stellungnahme unbeeinflußt bleiben? Für diesen Zwiespalt in Ansicht und Ausführung des Ministerpräsidenten möchte Dr. Friedberg eine Erklärung haben; eine Erklärung darüber, ob die Regierung mit einer bewußten Frontstellung gegen die nationalliberale Partei umgehe im Interesse der Konservativen. In eindringlichen Worten macht er darauf aufmerksam, welche schwere Verantwortung die Regierung auf sich nehme, wenn sie durch die Unterdrückung nationalliberaler Bestrebungen im Osten die heftigste Erbitterung in der Bevölkerung noch weiter schüre. Der lachende Erbe sei nur der Pole, während es das Ziel seiner Partei stets gewesen sei, die Einigkeit aller deutschen Elemente in den östlichen Provinzen zum Schutze gegen das Polentum aufrechtzuerhalten.

Das lebhafte Bravo der Nationalliberalen macht einer begreiflichen Spannung Platz, als der Minister des Innern v. Moltke sich zur Beantwortung der Interpellation anschickt. Es bleibt ihm weiter nichts übrig, als die Beamtenversetzungen zuzugeben. Sie seien jedoch nicht als Maßregelungen anzusehen, denn sie seien auf Wunsch der betreffenden Beamten selbst erfolgt. Weiterhin muß er zugeben, daß die Regierung in der nationalliberalen Sonderkandidatur tatsächlich eine Gefährdung des nationalen Besitzstandes erblickt habe, weil durch die entstandene Stimmenzersplitterung der polnische Kandidat in die Stichwahl gekommen sei. Den Ausbau der nationalliberalen Partei in der Provinz Posen würde die Regierung gewiß nicht hindern. Er erklärt sogar mit Emphase, es wäre ungehörig und unanständig, wenn die politischen Beamten die nationalliberale Organisation mit anderem Maße messen würden, wie die anderen Parteien. Doch die Notwendigkeit, dem Deutschtum sein Schwergewicht zu erhalten, müßte auch den Sieg über die Wünsche und Ansprüche der einzelnen Parteien davontragen.

Wenn der Konservative Rogalla von Bieberstein das Vorgehen der Regierung verherrlicht, so wird das nicht wundernehmen. Er benutzt jedoch seine Rede, einige Ausfälle gegen die Nationalliberalen zu machen und auch die Wahlreform mit hineinzuziehen. Die Sozialdemokraten, die dem Nationalliberalen ohne Störung zugehört haben, machen verschiedene Zurufe, die dem Abg. Liebknecht einen Ordnungsruf einbringen. Im Interesse der jüdischen Wähler hält auch Abg. Viereck (Freikons.) die nationalliberale Sonderkandidatur für nicht angebracht. Diese, die jüdischen Wähler, hätten entweder für den Polen gestimmt, oder gar nicht. Beide hätten die deutsche Kandidatur gefährdet, darum habe sich das Vorgehen der Regierung auch nicht gegen die Nationalliberalen gerichtet, sondern gegen eine schädliche Beamtenagitation. Aronsohn (Frs. Vpt.) verurteilt überhaupt jede Beamtenmaßregelung ihrer politischen Stellung wegen, ein Standpunkt, den ja seine Fraktion schon im Reichstage bei der Kattowitzer Interpellation präzisiert hatte. Ebenso tritt der Zentrumsmann Bell für die Interpellation ein, während Spitala (Pole) die Gelegenheit benutzt, in etwas ironischer Weise seine Partei herauszustreichen. Noch einmal nimmt Dr. Friedberg das Wort. Hat er bisher persönliche Angriffe zurückgesteckt, so hält er jetzt mit heftigeren Vorstößen nicht mehr hinter dem Berge. Er berichtet unter anderen, daß Herr von Bieberstein an die Vertrauensmänner des Wahlkreises ein Schreiben gerichtet habe, worin er vor den Nationalliberalen, als den schlimmsten Feinden der Landwirtschaft, warnt. Auch Herr von Wogna (Freikons.), der an einem der Vortage die Landwirte in Schutz genommen hat, bekommt seinen Hieb. Dann wird die Interpellation geschlossen. Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte tritt das Haus in die Fortsetzung der Tagesordnung mit der Beratung des Etats der Zölle und indirekten Steuern ein.

Deutsches Reich.

Leipzig, 15. Februar.

* **Sitzung des Staatsministeriums.** Unter dem Vorsitz des Königs und in Gegenwart des Prinzen Johann Georg fand am Montag in Dresden eine Sitzung im Gesamtministerium statt.

* **Zur Angelegenheit der Schiffahrtsabgaben** verbreitet eine Korrespondenz, daß Baden seinen Widerstand gegen die Schiffahrtsabgaben als aussichtslos aufzugeben entschlossen und im Interesse des badischen Landes gewillt sei, die preußische Vorlage durch eine Reihe Verbesserungsanträge auch für die opponierenden Staaten Baden und Sachsen annehmbar zu gestalten. Der badische Finanzminister begebe sich zu Verhandlungen mit Preußen in den nächsten Tagen nach Berlin. — Wir behalten uns vor, auf diese Angelegenheit zurückzukommen.

* **Vom Parteisekretariat der Freisinnigen Volkspartei** werden wir um Aufnahme folgender Erklärung gebeten: „Im Auftrage des Herrn Abgeordneten Günther, Vorsitzenden des Landesvereins der Freisinnigen Volkspartei, war Herr Vizepräsident Bär (Freis.) beim Präsidenten der Zweiten Kammer wegen Ueberlassung eines Raumes im Ständehaus für die Vorstands- und Ausschußsitzung der Freisinnigen Volkspartei vorstellig geworden. In Betracht hierfür kam das Restaurationszimmer. Nach den bestehenden Bestimmungen muß die Genehmigung von den Präsidenten beider Kammern gegeben werden. Der Präsident der I. Kammer, Herr Graf Vitzthum v. Eckstädt, hat aber eine derartige Genehmigung abgelehnt. (In ihren ersten Meldungen über die Angelegenheit verwechselten einige Zeitungen den Präsidenten der I. Kammer mit dem Minister des Innern, der den gleichen Namen führt. Die daran geknüpften Folgerungen, als habe sich die Leitung der Freisinnigen Volkspartei an die falsche Adresse gewandt, sind somit hinfällig.) Die ablehnende Haltung des Präsidenten der I. Kammer gegenüber dem Gesuch der Freisinnigen Volkspartei ist charakteristisch. Was im Reichstagsgebäude allen Parteien unbeanstandet gestattet ist, wird im sächsischen Landtagshaus wohl vom liberalen Präsidenten der Zweiten Kammer erlaubt, vom Präsidenten der Ersten Kammer aber verhindert. Es genügt auf diese einfache Tatsache hinzuweisen um damit gleichzeitig die kaum glaubliche Rückständigkeit der Auffassung festzustellen, die in der ablehnenden Maßnahme des Präsidenten Grafen Vitzthum zutage tritt. Wir bemerken noch, daß die Tagung der Volkspartei an einem Sonntage und nicht an einem Wochentag im Ständehaus stattfinden sollte, so daß also eine Beeinträchtigung oder gar Störung der Abgeordneten in ihrer Tätigkeit ausgeschlossen war."

* **Der Freisinnige Arbeiterverein für Leipzig und Umgegend** hält seine Monatsversammlung am 14. Februar, abends 9 Uhr, im Vereinslokal (Johannisgasse 4) ab. Herr Alfred Krause wird über das Thema: „Was brachte das vergangene Jahr für uns Arbeiter" sprechen. Eine große außerordentliche politische Versammlung desselben Vereins ist für Freitag, den 25. Februar, ebenfalls im Vereinslokal, angesetzt. Landtagsabgeordneter Landrichter Brodauf hat das Referat übernommen.

* **Landesverratsprozeß.** Am 24. Februar beginnt vor dem vereinigten 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts zu Leipzig der Prozeß gegen den am 11. Juli 1882 geborenen, zuletzt in Angerburg (Ostpreußen) wohnhaft gewesenen Kaufmann Paul Karl Gustav Weißel, welcher des Verrats militärischer Geheimnisse usw. beschuldigt wird. Die Verhandlung wird voraussichtlich drei Tage dauern und unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfinden. Der Prozeß war schon einmal auf den 15. Dezember v. J. angesetzt worden, mußte aber vertagt werden, weil Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten aufgetaucht waren.

*

* **Die 38. Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates** beginnt am Dienstag, vormittags 10 Uhr, unter dem Vorsitz des Abg. Rittergutsbesitzer Grafen v. Schwerin-Löwitz. Auf der Tagesordnung stehen: 1) Die Herkunft der deutschen Unteroffiziere und Soldaten nach den neuesten Erhebungen vom 1. Dezember 1906, 2) Geschichte und Bedeutung der Elektrokultur unter besonderer Berücksichtigung der neueren Versuche, 3) Entwurf eines Stellenvermittlungsgesetzes. 4) Die Bedeutung des Grundwassers für die Land- und Forstwirtschaft. 5) Aussichten und Aufgaben des Ackerbaues im Norden von Südwestafrika. 6) Kartographische Darstellung der Umbauverhältnisse des Deutschen Reiches nach kleineren Bezirken. 7) Der neue Zolltarif der Vereinigten Staaten und die deutsche Landwirtschaft. 8) Gesetzentwurf über den Abfuhr von Kalklaugen. 9) Maßnahmen der deutschen Städteverwaltungen für die Fleischversorgung der Bevölkerung, Notierung der Schlachtvieh- und Fleischpreise. 10) Bedeutung und Aufgaben des Internationalen Landwirtschaftlichen Instituts in Rom. 11) Arbeiteransiedlung in England, Schweden, Dänemark, Holland und Belgien. 12) Ergebnisse der Schutzimpfungen gegen die Hämoglobinurie der Rinder. 13) Gewinnung von Grundlagen für eine Betriebslehre des bäuerlichen Besitzes in Deutschland.

SLUB
Wir führen Wissen.